

Rede Ostermarsch 2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Jede Lehrkraft des Landes Nordrhein–Westfalen hat den Auftrag die Jugend zur „Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung“ zu erziehen. Dazu verpflichtet uns Artikel 7, Absatz 2 unserer Landesverfassung, auch als Lehre aus den Schrecken des 2. Weltkriegs. Was genau darunter zu verstehen ist unterliegt bis heute 80 Jahre nach Beendigung des deutschen Faschismus und des zweiten Weltkriegs, einem zähen Ringen, zwischen fortschlichen Kräften gegen die Interessen derer, die Krieg als legitimes Mittel der Politik betrachten und von ihm profitieren.

Die kritische Friedenserziehung in unserem Sinne, im Sinne der Werktätigen, der Schüler:innen, Studierenden und schlussendlich im Interesse der Menschheit, stellt Diplomatie und Völkerverständigung ins Zentrum der Lösung internationaler Konflikte. Kritische Friedenserziehung befähigt junge Menschen auch die herrschende Politik des eigenen Landes zu hinterfragen, zu kritisieren und sich solidarisch dagegen zur Wehr zu setzen, wenn diese den Frieden gefährdet oder den Frieden nicht sichern kann. Das ist der Auftrag der Friedenserziehung! Und, um einen weiteren umkämpften Bildungsbegriff zu nennen: das ist auch der Kern der Demokratieerziehung.

Befragt man hingegen die Internetseite des Schulministeriums findet man dort neben dem besagten Artikel aus der Landesverfassung den

Hinweis „dass die moderne Friedenspädagogik sich von der „internationalen Verständigung“ hin zu einer „Erziehung für eine Kultur des Friedens“ entwickelt habe. Was sich auf den ersten Blick wie eine positive Erweiterung des Begriffs anhört, ist bei genauerem Hinsehen in der Praxis eine massive Verwässerung seines Inhalts. Schüler:innen sollen zwar in ihrem Alltag Konflikte friedlich lösen und Gewalt nicht als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen begreifen. Die Gewalt von Staaten hingegen (wenn diese auf der vermeintlich richtigen Seite stehen) wird durchaus als legitim und davon zu trennen angesehen, da diese ja „unvermeidbar für die gerechte Sache“ und „rechtlich abgesichert“ sei.

Diese Ansicht erzieht zu einer unkritischen Betrachtung militärischer Gewalt und zur Bereitschaft zur militärischen Gewalt.

Dennoch soll die Schule auch Friedens- und Sicherheitspolitische Themen behandeln. Mit der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr aus dem Jahr 2012, soll den Jugendoffizieren der Bundeswehr zu diesem Zweck der Zugang in den Unterricht erleichtert werden. Rhetorisch gut ausgebildete Offiziere erläutern aus ihrer Perspektive internationale Konflikte oder verdeutlichen in Planspielen, dass Krieg, Sanktionen oder Waffenlieferungen leider nötige Mittel sind. Die junge GEW NRW positioniert sich weiterhin gegen dieses Vorgehen und engagiert sich gemeinsam mit der Landesschüler:innenvertretung im Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ für die Abschaffung der Kooperationsvereinbarung. Und dieser Widerstand ist bitter nötig, dass zeigen nicht nur steigende Zahlen der Besuche der Jugendoffiziere im Unterricht, sondern auch die steigende Präsenz des Militärs in der Berufsberatung in der

Schule, auf Jobmessen und in der Gesellschaft insgesamt. Die Bundeswehr präsentiert sich dabei als attraktiver und aufregender Arbeitgeber und verschweigt die Schattenseiten dieses todsicheren Arbeitsplatz. Hier muss es auch die Aufgabe von uns Lehrkräften sein, junge Menschen über die negativen Seiten des Dienstes an der Waffe aufzuklären, die Bundeswehr wird das nicht tun. Im Gegenteil: sie nutzt die Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst über fehlende Ausbildungsmöglichkeiten und hohe Mieten junger Menschen aus und ködert mit finanzierten Studiengängen und gut bezahlten Ausbildungen. Deshalb ist eine wichtige Forderung der jungen GEW NRW „Kein Werben fürs Sterben – keine Bundeswehr auf Jobmessen und co“.

Die Präsenz der Bundeswehr soll normalisiert, die Gesellschaft „Kriegstüchtig“ gemacht werden. Dass dieser Plan im besonderen Maße die Bildungseinrichtungen betreffen wird zeigt uns zur Zeit das Bundeswehrgesetz in Bayern: der Besuch der Bundeswehr im Klassenzimmer soll zur Pflicht werden und auf dem Gelände der TU-München wurde sogar eine Militärübung durchgeführt.

Auch verbietet das Gesetz Zivilklauseln. Eine Errungenschaft der Friedensbewegung an den Universitäten, die dazu verpflichtet Forschung im Sinne des Friedens zu betreiben und somit militärische Forschung verbietet. Ähnliche Vorstöße erleben wir gerade auch auf Bundesebene, wenn der neue Koalitionsvertrag von einem vereinfachten Zugang der Bundeswehr zu Forschungseinrichtungen spricht oder fordert Hemmnisse für zivil-Militärische Forschung abzubauen. Ein massiver Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit!

Die GEW Bayern klagt gegen das Bundeswehrgesetz. Wir müssen uns mit den bayerischen Kolleg:innen solidarisch zeigen, um zu verhindern, dass das bayerische Bundeswehrgesetz zur Blaupause für andere Bundesländer wird.

Auch die drohende Wiedereinführung der Wehrpflicht soll der Militarisierung konkret Vorschub leisten und wird dafür sorgen, dass Jugendliche in Zukunft direkt aus dem Klassenzimmer in die Kasernen geschickt werden. Die Wehrpflicht soll jungen Menschen den Dienst an der Waffe wieder schmackhaft machen und schränkt die individuellen Lebenswege der Jugendlichen massiv ein. Die junge GEW NRW positioniert sich gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und weiterer Zwangsdienste. Wir setzen uns gemeinsam zur Wehr, gegen die Militarisierung von Schule, Uni und Gesellschaft!

Einen ersten Schritt konnten wir als junge GEW NRW dazu Anfang Februar gehen, indem wir gemeinsam mit der LSV NRW, dem Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ und der Fachschaft Physik der Uni zu Köln den GegenWEHR-Kongress organisierten. Dort diskutierten ca. 150 Schüler:innen, Studierende, Pädagoginnen und Friedensbewegte, um nächste Schritte und Perspektiven und wir hielten die wichtigsten Forderungen in einer gemeinsamen Resolution fest. Daran müssen wir nun anknüpfen und gemeinsam laut werden gegen die Militarisierung der Bildung in den Lehrer- und Klassenzimmern, in den Schulen, Unis und auf der Straße.

- Bundeswehr raus aus den Schulen! Kein Werben fürs Sterben! Für eine echte Friedenserziehung!